

Rettungsschirm ÖPNV

Positionspapier der ARGE ÖVV

Die Auswirkungen der seit dem vergangenen Jahr andauernden COVID-Pandemie stellen auch die Organisationen und Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vor große Herausforderungen. Im Zuge der verordneten Ausgangsbeschränkungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie sind die Fahrgastzahlen im Jahr 2020 deutlich zurückgegangen und konnten aufgrund des veränderten Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung auch zwischen den Lockdown-Phasen bis heute nicht zum Niveau der Vorjahre aufschließen. Gleichzeitig wurde das Angebot im öffentlichen Verkehr nahezu unverändert aufrechterhalten, auch und vor allem um den erforderlichen Mobilitätsbedarf im Schüler-, Berufs- und Pendlerverkehr weiterhin abdecken zu können.

Die mit dem Nachfragerückgang und den reduzierten Fahrgastzahlen einhergehenden Einnahmehausfälle aus Ticketverkäufen sowie Leistungen zur Aufrechterhaltung des Angebots während des Lockdowns und zusätzliche Kosten für Rabattierungen oder für Verstärkerleistungen im Schülerverkehr bedeuten zudem eine außerordentliche finanzielle Belastung für die Verkehrsverbundorganisationsgesellschaften und die leistungserbringenden Verkehrsunternehmen im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr, die sich seit Beginn der Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen im März 2020 bislang in Summe auf mehr als 230 Mio. Euro beläuft. Da die am ÖPNV beteiligten Organisationen und Unternehmen bisher weitgehend von unterstützenden Maßnahmen und konkreten Coronahilfen des Bundes ausgenommen waren, unterstützt die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Verkehrsverbund-Organisationsgesellschaften (ARGE ÖVV) die Forderung nach einem Rettungsschirm für den öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr.

Um die Größenordnung möglicher Unterstützungsleistungen zu verbildlichen, darf auf die Rettungsschirme für den öffentlichen Verkehr in Deutschland verwiesen werden. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hatte in einer Schadensermittlung¹ schon im heurigen Frühjahr auf deutschlandweite Einnahmenverluste im ÖPNV von ca. 3,3 Mrd. Euro zwischen März und Dezember 2020 hingewiesen. Gleichzeitig wurde bereits ab Juni 2020 seitens des Bundes ein Rettungsschirm für den öffentlichen Nahverkehr in Deutschland in der Höhe von 2,5 Mrd. Euro bereitgestellt, ein Beschluss für einen weiteren Rettungsschirm über 1 Mrd. Euro folgte im Mai 2021.

Dementsprechend wären vergleichbare, finanziell unterstützende Maßnahmen in Österreich ebenfalls zu begrüßen. Diese leisten einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in schwierigen Zeiten und stellen zudem sicher, dass die Abdeckung des öffentlichen Mobilitätsbedarfs auch weiterhin mit einem unverändert guten Angebot gewährleistet werden kann.

Wien, im September 2021

¹ Rehse, Sebastian et al.: Einnahmehausfälle des ÖPNV 2020 nach Ländern, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV), März 2021